Volksparteien im Umbruch
im Fokus des Weisheitskompasses

Konturverlust · gesellschaftliche Transformation ·

politische Repräsentation · verantwortliche Orientierung

Unterscheiden · Wirkzusammenhänge prüfen ·

Repräsentation klären · Verantwortung begründen · Revision zulassen

Norbert Rieser

Wissenschaftlicher Essay

und politikwissenschaftliche Einordnung

Arbeitsfassung · Oktober 2026

Methodischer Hinweis: *Ich lese den Leitartikel von Christian Ultsch als zugespitzte politische Diagnose und prüfe seine Aussagen im Weisheitskompass nach Aussageart, Evidenzbasis, Reichweite, Wirkzusammenhang und normativer Brücke. Umfragen behandle ich als zeitgebundene Momentaufnahmen, nicht als Prognosen. Die mathematischen Notationen verdichten Relationen; sie erzeugen keine numerische Scheingenauigkeit.*

Inhaltsverzeichnis

Volksparteien · Repräsentation · Kontur · demokratische Bindung

Nr.	Abschnitt	Seite
	Vorbemerkung: Eine zugespitzte Diagnose als Prüfstein	3
1	Der empirische Befund: politische Bindung gerät in Bewegung	3
2	Vom Befund zur Erklärung: epistemische Trennschärfe	4
3	Sozialdemokratie: struktureller Umbau statt einfacher Erschöpfung	4
4	Volkspartei und Repräsentation: die Auflösung vertrauter Milieus	5
5	Konturverlust und programmatische Konvergenz	6
6	Warum Profil keine bloße Rechtsverschiebung verlangt	6
7	Der neue politische Konfliktraum: ökonomisch und kulturell	7
8	Migration, Globalisierung und Technologie als Wirkzusammenhänge	7
9	Vertrauen, politische Wirksamkeit und Entfremdung	8
10	Volkspartei des 21. Jahrhunderts: eine neue Integrationsaufgabe	9
11	Wirkung und Verantwortung im Weisheitskompass	9
12	Schluss: demokratische Bindung neu begründen	10
	Literatur und Quellen	11

Leselogik: *Ich beginne bei den aktuellen Verschiebungen, trenne anschließend Beobachtung und Erklärung, rekonstruiere strukturelle und strategische Wirkzusammenhänge und führe die Analyse schließlich auf die Frage zurück, wie demokratische Repräsentation unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen neu Bindung erzeugt.*

Vorbemerkung: Eine zugespitzte Diagnose als Prüfstein

Der Leitartikel von Christian Ultsch trifft einen Nerv der europäischen Gegenwart. Er beschreibt SPÖ, ÖVP, SPD und CDU/CSU nicht als Parteien in einer gewöhnlichen Schwächephase, sondern als politische Formationen, die ihre einstige Integrationskraft verlieren und diesen Verlust teilweise selbst beschleunigen. Seine Diagnose greift weit aus: Sozialdemokratische Parteien hätten ihre historische Verteilungsfunktion erschöpft, bürgerliche Parteien hätten konservative Kontur preisgegeben, und beide Lager hätten durch programmatische Annäherung jenen Raum geöffnet, in dem rechtspopulistische Konkurrenten heute wachsen (Ultsch 2026). Diese Zuspitzung verdient eine ernsthafte Prüfung, gerade weil sie Beobachtung, Erklärung und politische Empfehlung eng miteinander verschränkt.

Mich interessiert deshalb weniger, ob mir die Stoßrichtung des Kommentars politisch gefällt. Ich frage, welche Aussagen empirisch tragen, wo Deutungen beginnen, welche Wirkzusammenhänge tatsächlich plausibel erscheinen und an welcher Stelle normative Präferenzen in die Analyse eintreten. Der Weisheitskompass verlangt hier eine strenge Reihenfolge: zuerst den Befund bestimmen, danach konkurrierende Erklärungen öffnen, anschließend ihre Reichweite begrenzen und erst zuletzt politische Orientierung formulieren. Gerade ein pointierter Leitartikel eignet sich dafür, weil seine sprachliche Kraft leicht den Eindruck einer bereits bewiesenen Kausalität erzeugt.

Ich behandle die gegenwärtige Krise der Volksparteien daher weder als moralisches Versagen einzelner Führungspersonen noch als zwangsläufiges Endstadium eines historischen Niedergangs. Sie erscheint mir als Verdichtung mehrerer Veränderungen: alte Milieus zerfallen, soziale Klassen reorganisieren sich, kulturelle Konfliktlinien gewinnen an Gewicht, politische Kommunikation beschleunigt sich, Vertrauen sinkt, und Parteien ringen darum, zwischen heterogenen Lebenswelten eine noch glaubwürdige gemeinsame Sprache zu finden. Der Leitartikel öffnet diesen Problemraum. Der Weisheitskompass zwingt mich, ihn genauer zu vermessen.

1. Der empirische Befund: politische Bindung gerät in Bewegung

Die Ausgangsbeobachtung trägt. In Österreich lag die FPÖ im Sommer 2026 in einer Market-Erhebung bei 38 Prozent, während ÖVP und SPÖ mit 18 beziehungsweise 17 Prozent deutlich zurücklagen; Anfang Oktober berichtete Reuters erneut von rund 38 Prozent für die FPÖ und nur mehr etwa 15 Prozent für die SPÖ. In Deutschland zeichnete der ARD-DeutschlandTrend vom 1. Oktober ein verwandtes Bild: AfD 27 Prozent, CDU/CSU 20 Prozent, SPD 13 Prozent. Das ZDF-Politbarometer vom 25. September kam mit 28, 21 und 13 Prozent zu einer ähnlichen Größenordnung. Solche Werte schwanken nach Institut und Erhebungszeitpunkt, doch die Richtung bleibt augenfällig: Die traditionellen Mitteparteien erreichen gemeinsam vielerorts nur noch jene Größenordnung, die früher eine einzige Volkspartei beanspruchte (Der Standard 2026; Reuters 2026; ARD 2026; ZDF 2026).

Die Differenz zwischen einzelnen Umfragen erinnert mich daran, politische Daten nicht zu versteinern. Ultsch nennt für Deutschland 18 Prozent für die Union und 30 Prozent für die AfD; wenige Tage später weisen andere Erhebungen leicht andere Werte aus. Der Trend verliert dadurch nicht seine Bedeutung, wohl aber jede scheinbar punktgenaue Gewissheit. Für den Weisheitskompass bedeutet das: Der empirische Status einer Aussage umfasst immer auch Zeitpunkt, Erhebungsmethode, Fehlerspanne und Reichweite.

Noch deutlicher tritt die langfristige Verschiebung hervor, wenn ich die Gegenwart nicht auf einzelne Prozentwerte reduziere. Sozialdemokratische Parteien haben in mehreren europäischen Ländern über Jahrzehnte an Stimmen, Mitgliedern und gesellschaftlicher Verankerung verloren; zugleich haben radikal rechte Parteien einen dauerhaften dritten Wettbewerbspol aufgebaut. Die frühere Zweipolarität zwischen Mitte-links und Mitte-rechts verwandelt sich in vielen Ländern in einen tripolaren Raum, in dem die radikale Rechte sowohl um Teile der Arbeiterschaft als auch um kleinbürgerliche und selbstständige Milieus konkurriert (Oesch/Rennwald 2018).

2. Vom Befund zur Erklärung: epistemische Trennschärfe

Der entscheidende Schritt beginnt dort, wo aus Umfragedaten eine Erklärung entsteht. Die Aussage, eine Partei verliere Stimmen, unterscheidet sich kategorial von der Behauptung, sie verliere Stimmen, weil sie ihre politische Identität preisgegeben habe. Genau für solche Übergänge verwende ich im Weisheitskompass den epistemischen Pass:

$$a = (p, \tau, b, g, u)$$

p bezeichnet den Aussageinhalt, τ den Aussagetyp, b die Begründungsbasis, g den Geltungsbereich und u die verbleibende Unsicherheit.

Die These von der politischen Selbstabschaffung wechselt von der Beschreibung in die Kausaldeutung. Ein solcher Übergang benötigt eine ausgewiesene Brücke. Ich fasse ihn heuristisch als D → H → E: Aus Daten D entsteht

eine Deutungshypothese H; erst zusätzliche Begründungen tragen eine Erklärung E. Zwischen diesen Stufen dürfen weder rhetorische Plausibilität noch politische Sympathie die fehlende Evidenz ersetzen.

$$D \xrightarrow{B} E$$

B steht für die begründete Brücke zwischen beobachtetem Befund und erklärender Aussage.

Diese Unterscheidung verändert die Lektüre des Leitartikels. Seine These, bürgerliche Parteien hätten durch den Verzicht auf konservative Positionen rechtspopulistische Räume selbst geöffnet, enthält eine empirisch prüfbare Hypothese. Seine Forderung, die Parteien müssten zu konservativen Wurzeln zurückkehren, überschreitet diese Erklärung und formuliert eine normative Strategie. Beides kann sinnvoll diskutiert werden; beides verlangt aber unterschiedliche Gründe. Genau hier schützt epistemische Trennschärfe vor der Verwechslung von Diagnose und Empfehlung.

> **Prüfregel:** *Ein starker politischer Satz darf eine Hypothese zuspitzen. Wissenschaftliche Tragfähigkeit gewinnt er erst, wenn Begründungsbasis, Alternativerklärungen und Geltungsgrenzen sichtbar werden.*

3. Sozialdemokratie: struktureller Umbau statt einfacher Erschöpfung

Ultsch beschreibt die Arbeiterbewegung als Opfer ihres eigenen Erfolgs und verdichtet die Krise sozialdemokratischer Parteien in der Formel, es gebe kaum noch etwas zu verteilen. Historisch berührt diese Diagnose einen ernsthaften Zusammenhang, verkürzt ihn aber sprachlich. Jonas Pontusson zeigte bereits 1995, wie der Rückgang großer Produktionseinheiten und das Wachstum privater nichtindustrieller Beschäftigung jene organisatorischen Milieus schwächten, aus denen die europäische Sozialdemokratie jahrzehntelang Kraft bezogen hatte. Industriebetriebe, Gewerkschaftsbindung, lokale Vereinswelten und relativ homogene Klassenlagen trugen nicht nur Wahlentscheidungen; sie schufen politische Identität (Pontusson 1995).

Heute lösen sich diese Sozialräume weiter auf. Wissensarbeit, Dienstleistungsberufe, prekäre Beschäftigung, urbane akademische Milieus und individualisierte Erwerbsbiografien erzeugen sehr verschiedene Interessenlagen. Die Sozialdemokratie verliert daher nicht einfach eine alte Wählerschaft an eine einzige neue Konkurrenz. Abou-Chadi und Wagner zeigen für mehrere westeuropäische Länder, dass ehemalige sozialdemokratische Wähler in erheblichem Ausmaß zu moderaten Rechtsparteien, Grünen und links-libertären Parteien wechselten; der direkte Übergang zur radikalen Rechten erklärt nur einen Teil des Verlustes (Abou-Chadi/Wagner 2024).

Auch die verbreitete Empfehlung, sozialdemokratische Parteien müssten migrations- oder europapolitisch deutlich autoritärer auftreten, findet in der vergleichenden Forschung keine einfache Stütze. Abou-Chadi und Wagner ermitteln für die Jahre vor 2020 vielmehr, dass stärker autoritär-nationalistische und stärker EU-skeptische Positionen tendenziell nicht mit höheren, sondern eher mit niedrigeren sozialdemokratischen Stimmenanteilen einhergehen (Abou-Chadi/Wagner 2020). Für mich folgt daraus kein Gegenrezept. Es folgt eine Warnung vor monokausalen Rettungsformeln.

Vor allem widerspreche ich der Vorstellung, Verteilungspolitik habe ihren Gegenstand verloren. Wohnkosten, Vermögenskonzentration, Pflege, Alterssicherung, Bildungschancen, Energiepreise, regionale Ungleichheit und die Verteilung technologischer Produktivitätsgewinne prägen neue Verteilungskonflikte. Was erodiert, ist weniger die Verteilung als politische Selbstverständlichkeit. Die Sozialdemokratie muss neu erklären, welche sozialen Gruppen sie miteinander verbinden und welches Verhältnis von Leistung, Sicherheit, Solidarität und Zukunft sie vertreten will.

4. Volkspartei und Repräsentation: die Auflösung vertrauter Milieus

Der Begriff Volkspartei trägt ein historisches Gesellschaftsmodell in sich. Er verweist auf breite Mitgliedschaften, stabile regionale Strukturen, Vorfeldorganisationen, konfessionelle und gewerkschaftliche Bindungen sowie den Anspruch, gegensätzliche Interessen innerhalb einer großen politischen Formation auszuhandeln. Diese Architektur prägte die Nachkriegsdemokratien Österreichs und Deutschlands über Jahrzehnte. Ihre Erosion verändert nicht nur Parteien; sie verändert die Bedingungen, unter denen politische Repräsentation überhaupt gelingt.

Ich verstehe Repräsentation deshalb nicht als bloße Abbildung vorhandener Meinungen. Parteien müssen gesellschaftliche Erfahrungen wahrnehmen, Konflikte sprachlich verdichten, Prioritäten setzen und daraus handlungsfähige Programme formen. Genau diese Übersetzungsarbeit gerät unter Druck, wenn Lebenswelten auseinanderdriften und digitale Öffentlichkeiten politische Aufmerksamkeit in kurzfristige, emotionale und

hochgradig fragmentierte Teilräume zerlegen. Eine Volkspartei kann unter solchen Bedingungen nicht mehr auf vererbte Loyalität bauen. Sie muss Bindung immer wieder neu verdienen.

Die OECD-Daten von 2026 verschärfen diese Diagnose. In Österreich äußerten 2025 nur 20 Prozent hohes oder moderat hohes Vertrauen in politische Parteien, 29 Prozent in die Bundesregierung. Noch aufschlussreicher wirkt der Zusammenhang zwischen Vertrauen und politischer Selbstwirksamkeit: OECD-weit vertrauen Menschen, die den Eindruck gewinnen, politisch eine Stimme zu haben, deutlich häufiger der Regierung als jene, die sich wirkungslos erleben. Nur etwa drei von zehn Befragten glauben, Menschen wie sie könnten auf Regierungsentscheidungen Einfluss nehmen (OECD 2026a; OECD 2026b).

Damit rückt ein Wirkzusammenhang ins Zentrum, der über Parteiprogramme hinausweist:

politische Stimme → erlebte Repräsentation → Vertrauen → Bindungsbereitschaft

Die Pfeile bezeichnen keine deterministische Kausalität, sondern eine prüfbare Vermittlungsstruktur.

Wenn Bürger ihre Wahlentscheidung als folgenlos erleben, verliert Demokratie nicht sofort ihre Legitimität, wohl aber einen wichtigen emotionalen und institutionellen Resonanzraum. Ultschs Hinweis, Menschen wollten erkennbare Alternativen und handlungsfähige Regierungen, berührt genau diesen Punkt. Der Weisheitskompass zwingt mich nur dazu, diesen Zusammenhang nicht mit einer einzigen parteipolitischen Erklärung gleichzusetzen.

5. Konturverlust und programmatische Konvergenz

Die These des Konturverlustes erhält in der Parteienforschung bemerkenswerten Rückhalt. Jae-Jae Spoon und Heike Klüver zeigen anhand europäischer Wahldaten, dass programmatische Annäherung etablierter Parteien den Wechsel zu nicht etablierten Wettbewerbern begünstigen kann. Wo große Parteien auf der Links-rechts-Achse zusammenrücken, suchen Teile der Wählerschaft häufiger Angebote, die ihre ideologischen Präferenzen deutlicher verkörpern (Spoon/Klüver 2019).

Diese Forschung bestätigt Ultschs rhetorische Diagnose nicht vollständig, verleiht ihr aber einen belastbaren Kern. Demokratische Kompromissfähigkeit braucht erkennbare Ausgangspositionen. Wenn Parteien ihre Unterschiede so weit abschleifen, dass Wähler kaum mehr erkennen, welche gesellschaftliche Richtung eine Entscheidung verändert, verliert der Kompromiss seinen repräsentativen Gehalt. Aus Integration wird dann nicht Verständigung, sondern Unschärfe.

Gerade hier berührt die Parteienfrage eine Grundregel des Weisheitskompasses: Integration verlangt Differenz. Ich formuliere sie im politischen Feld so:

demokratische Integration ≠ programmatische Verschmelzung

Kompromiss gewinnt Bedeutung erst dort, wo zuvor unterscheidbare Positionen sichtbar bleiben.

Diese Einsicht verteidigt weder ideologische Reinheit noch künstliche Polarisierung. Parteien benötigen Koalitionsfähigkeit, Lernbereitschaft und die Fähigkeit, neue gesellschaftliche Erfahrungen aufzunehmen. Kontur bedeutet deshalb keine starre Bewahrung vergangener Programme. Kontur bezeichnet die erkennbare Verbindung von Wertgrundlage, Problemdiagnose und Handlungsvorschlag.

6. Warum Profil keine bloße Rechtsverschiebung verlangt

An diesem Punkt trenne ich mich am deutlichsten von der strategischen Schlussfolgerung des Leitartikels. Ultsch verbindet den Verlust bürgerlicher Kontur mit der Forderung, konservative Parteien müssten ihre Wurzeln wieder offensiver vertreten. Eine solche Selbstvergewisserung kann programmatisch sinnvoll ausfallen. Sie liefert aber noch keinen empirischen Beleg dafür, dass die Übernahme radikal rechter Kernpositionen deren Wahlerfolg schwächt.

Werner Krause, Denis Cohen und Tarik Abou-Chadi untersuchten systematisch, ob Mainstreamparteien radikal rechte Positionen – insbesondere in der Migrationspolitik – übernehmen und damit die radikale Rechte wahlpolitisch zurückdrängen. Ihre vergleichenden Analysen finden dafür keine belastbare Unterstützung. Im Gegenteil: Solche Anpassungsbewegungen können zusätzliche Wählertransfers zur radikalen Rechten auslösen und deren Themen normalisieren (Krause/Cohen/Abou-Chadi 2023).

Für mich folgt daraus eine entscheidende Unterscheidung:

mehr Profil ≠ Kopie des radikaleren Wettbewerbers

Eigenständigkeit verlangt erkennbare Positionen; sie verlangt keine programmatische Nachahmung.

Ein erneuerter Konservatismus kann institutionelle Stabilität, Rechtsstaatlichkeit, Generationenverantwortung, Subsidiarität, gesellschaftliche Selbstbegrenzung, Bildung, kulturelle Kontinuität und die Bewahrung natürlicher Lebensgrundlagen bündeln. Ultsch selbst erweitert den Begriff am Ende seines Artikels in diese Richtung, wenn er mit Edmund Burke den Gedanken einer Generationenverantwortung aufgreift und zugleich Mäßigung, Mitgefühl, Selbstdisziplin und Aufrichtigkeit gegen demagogische Verrohung stellt (Ultsch 2026). Gerade dieser breitere Horizont überzeugt mich stärker als eine bloße Verschiebung entlang der Migrationsachse.

> **Strategische Trennlinie:** *Profil bedeutet programmatische Eigenständigkeit. Anpassung an den radikaleren Wettbewerber bildet nur eine mögliche Strategie – und die vergleichende Forschung weist dafür keinen verlässlichen Wahlerfolg nach.*

7. Der neue politische Konfliktraum: ökonomisch und kulturell

Die klassische Links-rechts-Achse ordnet den gegenwärtigen Parteienwettbewerb nur noch unvollständig. Daniel Oesch und Line Rennwald beschreiben für Westeuropa einen tripolaren Raum: traditionelle Linke, Mitte-rechts und radikale Rechte konkurrieren zugleich um verschiedene Klassenlagen und kulturelle Orientierungen. Die radikale Rechte fordert die Linke in Teilen der Arbeiterschaft heraus und konkurriert mit Mitte-rechts um kleine Selbstständige und andere wirtschaftlich eigenständige Gruppen. Der neue Wettbewerb verbindet alte ökonomische Konflikte mit kulturellen Auseinandersetzungen (Oesch/Rennwald 2018).

Ich fasse diese Mehrdimensionalität heuristisch so:

$$P_i = (E_i, C_i)$$

E_i bezeichnet die wirtschafts- und sozialpolitische Position einer Partei; C_i ihre soziokulturelle Position.

Damit verlieren einfache Etiketten an Erklärungskraft. Zwei Wähler können dieselbe steuer- oder sozialpolitische Präferenz teilen und bei Migration, Europa, Klima, Geschlechterrollen oder gesellschaftlicher Autorität weit auseinanderliegen. Umgekehrt können kulturell ähnlich orientierte Menschen ökonomisch gegensätzliche Interessen vertreten. Parteien müssen deshalb Koalitionen über mehrere Konfliktachsen hinweg organisieren.

Gerade Volksparteien spüren diesen Wandel besonders scharf. Ihr historischer Vorteil – die Integration heterogener Gruppen – verwandelt sich in ein Risiko, sobald jede programmatische Entscheidung eine andere Teilgruppe entfremdet. Der Ausweg liegt für mich weder in maximaler Unbestimmtheit noch in einer Verengung auf ein einziges Milieu. Er liegt in einer nachvollziehbaren Prioritätenordnung, die Konflikte nicht beschönigt und trotzdem gemeinsame politische Zugehörigkeit ermöglicht.

8. Migration, Globalisierung und Technologie als Wirkzusammenhänge

Ultsch benennt Migration, Globalisierung und technologischen Wandel als Triebkräfte des Umbruchs. Diese Trias trifft zentrale Veränderungsfelder, doch ihr politischer Effekt entsteht nicht unmittelbar. Migration erzeugt nicht automatisch Rechtspopulismus; technologische Beschleunigung führt nicht zwangsläufig zu Vertrauensverlust; Globalisierung produziert nicht von selbst politische Entfremdung. Zwischen Strukturveränderung und Wahlentscheidung liegen Wahrnehmung, Deutung, Statuskonflikt, mediale Vermittlung, institutionelle Erfahrung und parteipolitische Sprache.

Für mein Prozessmodell bietet sich deshalb der Begriff des Wirkzusammenhangs an:

$$X \longrightarrow (\text{über } Z \text{ im Kontext } K) \longrightarrow Y$$

X steht für strukturelle Veränderungen, Z für vermittelnde Prozesse, K für den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext und Y für politische Neuorientierung.

Unter X fallen Migration, Globalisierung, technologische Transformation, demografischer Wandel und ökonomische Unsicherheit. Z umfasst Erfahrungen von Kontrollverlust oder Aufstieg, mediale Rahmungen, kulturelle Zugehörigkeit, lokale Konflikte und politische Deutungsangebote. K bezeichnet Institutionen, Wohlfahrtsstaat, regionale Geschichte, Parteiensystem und ökonomische Ausgangslage. Erst in dieser Verbindung entsteht politische Wirkung.

Diese Sicht schützt vor zwei Verkürzungen. Die erste erklärt politische Verschiebungen ausschließlich aus materiellen Interessen und unterschätzt kulturelle Deutung. Die zweite erklärt sie ausschließlich aus Identität und

unterschätzt reale ökonomische Belastungen. Der Weisheitskompass hält beide Perspektiven offen, ohne sie zu vermischen.

9. Vertrauen, politische Wirksamkeit und Entfremdung

Der vielleicht tiefste Konflikt verläuft für mich zwischen politischer Stimme und erlebter Wirkungslosigkeit. Die OECD zeigt 2026, dass wahrgenommene politische Selbstwirksamkeit – das Gefühl, mit der eigenen Stimme und Beteiligung etwas bewirken zu können – enger mit Institutionenvertrauen verbunden bleibt als viele demografische Merkmale. Wer politische Entscheidungen als fern, unzugänglich oder ohnehin vorbestimmt erlebt, zieht sich leichter zurück oder sucht Angebote, die maximale Veränderung versprechen (OECD 2026a).

Damit gewinnt Ultschs Kritik an der Ununterscheidbarkeit der Mitte eine demokratische Tiefendimension. Wenn Regierungspolitik unabhängig vom Wahlausgang als identisch wahrgenommen wird, schwächt sich die Erfahrung politischer Wahlmöglichkeit. Diese Wahrnehmung kann sachlich überzeichnen; politisch wirkt sie dennoch. Parteien müssen daher nicht nur gute Politik machen, sondern ihre Entscheidungsalternativen, Zwänge und Verantwortlichkeiten verständlich darstellen.

Mich überzeugt an diesem Punkt weder die Verachtung sogenannter Protestwähler noch ihre romantische Idealisierung. Protest kann auf reale Repräsentationsdefizite hinweisen und zugleich problematische politische Angebote stärken. Der Weisheitskompass verlangt beides gleichzeitig zu sehen: die Botschaft des Protests ernst nehmen und die normative Qualität seiner politischen Antwort gesondert prüfen.

10. Volkspartei des 21. Jahrhunderts: eine neue Integrationsaufgabe

Wenn die alten Milieus nicht zurückkehren, muss sich auch der Begriff Volkspartei verändern. Ich verstehe eine Volkspartei des 21. Jahrhunderts nicht mehr als Partei eines dauerhaft gebundenen Großmilieus. Sie bewährt sich vielmehr durch die Fähigkeit, unterschiedliche Lebenslagen in eine erkennbare, konfliktfähige und dennoch gemeinsame politische Ordnung zu übersetzen.

Heuristisch verdichte ich diese Aufgabe folgendermaßen:

$$V_{21} = I + Ü + K + T + W$$

I = erkennbare Identität, Ü = gesellschaftliche Übersetzungsfähigkeit, K = Koalitionsfähigkeit, T = Vertrauen, W = politische Wirksamkeit.

Identität verhindert Beliebigkeit. Übersetzungsfähigkeit bewahrt die Partei davor, in ihrem eigenen Milieu zu erstarren. Koalitionsfähigkeit macht demokratische Mehrheiten möglich. Vertrauen entsteht aus Verlässlichkeit und nachvollziehbarer Verantwortung. Wirksamkeit zeigt, dass politische Entscheidungen reale Probleme bearbeiten. Keine dieser Dimensionen genügt für sich allein.

Damit verschiebt sich die Frage von der nostalgischen Rückkehr zur produktiven Erneuerung. Eine moderne Volkspartei muss nicht wieder so werden, wie sie 1970 oder 1990 war. Sie muss neu leisten, was ihre historische Funktion auszeichnete: gesellschaftliche Verschiedenheit politisch so zu verbinden, dass Menschen trotz gegensätzlicher Interessen einen gemeinsamen demokratischen Handlungsraum erkennen.

11. Wirkung und Verantwortung im Weisheitskompass

Politik lebt von Wirkung. Eine Partei, die dauerhaft keine Zustimmung gewinnt, verliert Gestaltungsmacht. Dennoch erschöpft sich politische Qualität nicht im Wahlerfolg. Wirksame Botschaften können demokratische Institutionen beschädigen, Minderheiten entwürdigen oder langfristige Kosten verdrängen. Umgekehrt können verantwortliche Entscheidungen kurzfristig unpopulär bleiben und langfristig notwendig werden.

Ich fasse politische Qualität deshalb mehrdimensional:

$$Q_p = f(W, L, V, F)$$

W = Wirksamkeit, L = demokratische Legitimität, V = Verantwortung, F = Folgen.

Diese Formel schützt mich vor einer Verwechslung, die in polarisierten Zeiten rasch verführerisch wirkt: Aus Zustimmung folgt keine moralische Richtigkeit, aus Unbeliebtheit keine moralische Überlegenheit. Politische Urteilskraft muss Wirkung und Verantwortung gleichzeitig prüfen.

Gerade deshalb lese ich Ultschs abschließende konservative Selbstvergewisserung differenziert. Sein Rückgriff auf Rechtsstaat, Demokratie, Institutionen, Natur, Bildung und generationenübergreifende Verantwortung öffnet

einen verantwortungsethischen Horizont. Seine These, bürgerliche Parteien würden ohne Rückkehr zu konservativen Wurzeln von Rechtspopulisten aufgefressen, bleibt hingegen eine politisch zugespitzte Prognose, keine gesicherte Gesetzmäßigkeit. Der Weisheitskompass lässt beide Aussagen stehen, aber nicht auf derselben Geltungsebene.

12. Schluss: demokratische Bindung neu begründen

Nach der erweiterten Prüfung bleibt vom Leitartikel mehr als eine Provokation. Sein empirischer Kern trägt: Die klassischen Volksparteien verlieren in mehreren europäischen Ländern deutlich an Bindungskraft. Auch die Diagnose programmatischer Unschärfe findet in der Forschung Anknüpfungspunkte. Gleichzeitig zerfällt jede monokausale Erzählung, sobald struktureller Wandel, neue Konfliktachsen, politische Agency, Vertrauen und strategische Parteientscheidungen gemeinsam in den Blick treten.

Eine kleine faktische Korrektur unterstreicht diese methodische Vorsicht. Ultsch schreibt, sozialdemokratische Parteien stellten Anfang Oktober 2026 nur noch in drei EU-Mitgliedstaaten die Regierungsspitze. Seit Juli 2026 führt jedoch Mindaugas Sinkevičius die litauische Regierung; die offizielle Regierungsseite dokumentiert seinen Amtsantritt am 14. Juli. Die Gesamtthese einer geschwächten europäischen Sozialdemokratie verliert dadurch kaum an Gewicht, doch die Einzelaussage verlangt Korrektur (Regierung Litauens 2026). Gerade solche Abweichungen zeigen, warum ein überzeugendes Narrativ die Prüfung seiner Details nicht ersetzt.

Meine abschließende Diagnose lautet nicht, die Volksparteien schafften sich schlicht selbst ab. Ich sehe einen wechselseitigen Prozess: Gesellschaftliche Strukturen verändern sich, politische Milieus zerfallen, kulturelle Konfliktlinien verschieben sich, Vertrauen und politische Selbstwirksamkeit geraten unter Druck; zugleich reagieren Parteien mit Entscheidungen, die Bindung stärken oder weiter schwächen können. Verantwortung beginnt dort, wo sie diese Wechselwirkung weder externalisieren noch moralisierend vereinfachen.

Für den Weisheitskompass verdichte ich die politische Aufgabe in einer letzten Frage: Welche Bedingungen schaffen wieder demokratische Bindung, ohne Unterschied, Verantwortung und Menschenwürde preiszugeben? Die Antwort verlangt erkennbare politische Kontur, offene gesellschaftliche Wahrnehmung, belastbare Wirkungsanalyse, begründete normative Grenzen und die Bereitschaft, aus Folgen zu lernen. Eine Volkspartei erneuert sich nicht durch Rückkehr in eine vergangene Gesellschaft. Sie erneuert sich, indem sie in einer veränderten Gesellschaft wieder glaubwürdig verbindet, was auseinanderdriftet.

Literatur und Quellen

Die folgende Auswahl verbindet die kommentierte Primärquelle, aktuelle Datenquellen und politikwissenschaftliche Forschung. Onlinequellen wurden zuletzt am 5. Oktober 2026 geprüft.

Abou-Chadi, Tarik / Wagner, Markus (2020): Electoral fortunes of social democratic parties: do second dimension positions matter? In: Journal of European Public Policy 27 (2), S. 246–272. DOI: 10.1080/13501763.2019.1701532.

Abou-Chadi, Tarik / Wagner, Markus (2024): Losing the Middle Ground. The Electoral Decline of Social Democratic Parties since 2000. In: Häusermann, Silja / Kitschelt, Herbert (Hg.): Beyond Social Democracy. The Transformation of the Left in Emerging Knowledge Societies. Cambridge: Cambridge University Press, S. 102–119. DOI: 10.1017/9781009496810.004.

ARD / Infratest dimap (2026): ARD-DeutschlandTrend, 1. Oktober 2026: Drei Viertel der Deutschen spüren vor allem Belastungen. tagesschau.de.

Der Standard / Market Institut (2026): Sonntagsfrage: FPÖ nähert sich 40 Prozent, ÖVP und SPÖ weiterhin im Sinkflug. 19. Juli 2026.

Krause, Werner / Cohen, Denis / Abou-Chadi, Tarik (2023): Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. In: Political Science Research and Methods 11 (1), S. 172–179. DOI: 10.1017/psrm.2022.8.

OECD (2026a): OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions 2026 Results: Navigating Rising Expectations and New Horizons. Paris: OECD Publishing. DOI: 10.1787/9eb63fec-en.

OECD (2026b): OECD Survey on Drivers of Trust in Public Institutions 2026 Results: Austria. Paris: OECD Publishing.

Oesch, Daniel / Rennwald, Line (2018): Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right. In: European Journal of Political Research 57 (4), S. 783–807. DOI: 10.1111/1475-6765.12259.

Pontusson, Jonas (1995): Explaining the Decline of European Social Democracy: The Role of Structural Economic Change. In: World Politics 47 (4), S. 495–533. DOI: 10.1017/S0043887100015197.

Reuters (2026): Austrian government's No. 2 figure says he will step down. 4. Oktober 2026.

Spoon, Jae-Jae / Klüver, Heike (2019): Party convergence and vote switching: Explaining mainstream party decline across Europe. In: European Journal of Political Research 58 (4), S. 1021–1042. DOI: 10.1111/1475-6765.12331.

Ultsch, Christian (2026): Volksparteien wie die SPÖ und die ÖVP schaffen sich gerade europaweit selbst ab. Leitartikel. In: Die Presse, 4. Oktober 2026.

Vyriausybė / Regierung der Republik Litauen (2026): The 21st Government of the Republic of Lithuania was sworn in. 14. Juli 2026.

ZDF / Forschungsgruppe Wahlen (2026): Politbarometer September 2026. 25. September 2026.

VOLKSPARTEIEN IM UMBRUCH

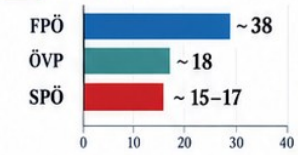
im Fokus des Weisheitskompasses

Empirie prüfen. Wirkzusammenhänge erschließen. Normative Übergänge begründen. Urteil revisionsoffen halten.

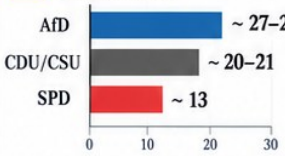
Empirische Diagnose

Aktuelle Wahlumfragen (in %)

Österreich



Deutschland

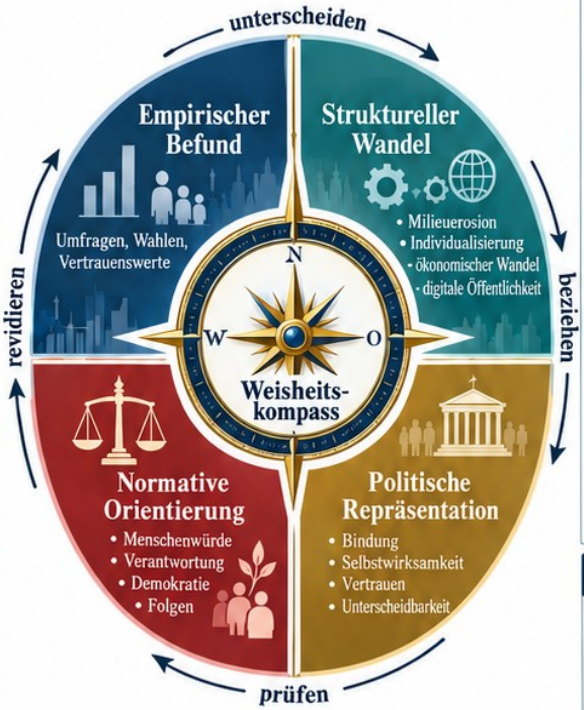


Herbst 2026:
deutliche Erosion klassischer Volksparteien.

Was der Befund nicht automatisch beweist

1. Verlust erklärt noch nicht seine Ursachen.
2. Wahlverhalten ≠ einheitliche Motivation.
3. Wirksamkeit ≠ normative Richtigkeit.

Wechselwirkungen verstehen.
Differenziert urteilen. Bessere Politik ermöglichen.



Zentrale Deutung

Die Krise der Volksparteien entsteht weder allein von außen noch allein durch eigenes Versagen, sondern in einer Wechselwirkung von gesellschaftlichem Wandel, Konturverlust, schwächerer Repräsentationsbindung und sinkendem Vertrauen.

Ein typischer Wirkpfad



Keine einfache Lösung

Mehr Profil
- erkennbare Identität
- klare Werte
- gesellschaftliche Übersetzungsfähigkeit

bloße Anpassung an radikale Ränder
- keine Erfolgsformel
- Original schlägt Kopie



Heuristische Verdichtung

Formale Modelle als Denkwerkzeuge — nicht als absolute Wahrheiten.

1 Aussage als analytisches Bündel

$$a = (p, \tau, b, g, u)$$

- p = Aussageinhalt
- τ = Typ
- b = Begründungsbasis
- g = Geltungsbereich
- u = Unsicherheit

2 Von Daten zur Kausaldeutung

$$D + B_{DK} \rightarrow K$$

- D = Daten (empirischer Befund)
- B_{DK} = ausgewiesene Brücke (Daten–Kausalität)
- K = Kausaldeutung

Von Daten zur Kausaldeutung nur über eine ausgewiesene Brücke.

3 Mehrere Einflussgrößen im Kontext

$$X_1, X_2, \ldots, X_n \xrightarrow{[K]^V} Y$$

- $X_1, X_2, \ldots, X_n$ = Einflussgrößen
- K = Kontext (Vermittlungen)
- V = Vermittlungsmechanismen
- Y = Ergebnis

Mehrere Einflussgrößen wirken über Vermittlungen im jeweiligen Kontext.

4 Politischer Raum

$$P_i = (E_i, C_i)$$

- P_i = Position / Akteur
- E_i = ökonomische Achse (z. B. Verteilung, Regulierung)
- C_i = soziokulturelle Achse (z. B. Werte, Identität)

Politischer Raum aus ökonomischer und soziokultureller Achse.

5 Bindungsverlust als Wirkungsfunktion

$$Y_{Verlust} = \Gamma(S, P, R, V, K)$$

- S = Strukturwandel
- P = Positionierung (Profil/Kontur)
- R = Repräsentation (Bindung)
- V = Vertrauen
- K = Kontext (z. B. Krisen, Medien, internationale Entwicklungen)

Bindungsverlust als Wechselwirkung von Strukturwandel, Positionierung, Repräsentation, Vertrauen und Kontext.



Volksparteien erneuern sich nicht durch Nostalgie oder bloße Anpassung, sondern durch die neue Verbindung von **erkennbarem Profil**, **gesellschaftlichem Verstehen**, **demokratischer Repräsentation** und **verantwortlicher Wirksamkeit**.

Der Weisheitskompass fragt nicht nur, wer Schuld trägt, sondern welche Bedingungen politische Bindung wieder ermöglichen – ohne Menschenwürde, Differenz und Verantwortung preiszugeben.



Notationsübersicht

Volksparteien im Umbruch · im Fokus des Weisheitskompasses

Heuristische Formeln zur begrifflichen Klärung politischer Wirkzusammenhänge

1. Epistemischer Pass

$$a = (p, \tau, b, g, u)$$

p = Inhalt der Aussage – *Was wird tatsächlich behauptet?*
τ = Aussagetyp – *empirisch, interpretativ, normativ usw.*
b = Begründungsbasis – *Daten, Quelle, Theorie oder Wertprämisse*
g = Geltungsbereich – *Für welchen Kontext trägt die Aussage?*
u = Unsicherheit – *Was bleibt offen, strittig oder vorläufig?*
Funktion: *Der Pass trennt Beobachtung, Deutung und Bewertung, bevor daraus politische Schlussfolgerungen entstehen.*

2. Vom Befund zur Erklärung

$$D \rightarrow H \rightarrow E$$

D = Daten – *beobachtbare Befunde und belastbare Ausgangsinformationen*
H = Deutungshypothese – *eine interpretative Lesart der Befunde*
E = Erklärung – *begründeter Wirkzusammenhang, der zusätzliche Prüfung verlangt*
Leitgedanke: *Plausibilität ersetzt keine Evidenz. Der Übergang von Daten zur Erklärung bleibt begründungsbedürftig.*

3. Wirkzusammenhang

$$X \longrightarrow (\text{über } Z \text{ im Kontext } K) \longrightarrow Y$$

X = Strukturveränderung – *z. B. Migration, Globalisierung, Technologie*
Z = Vermittlung – *Wahrnehmung, Deutung, Statuskonflikt, Kommunikation*
K = Kontext – *Institutionen, Geschichte, Parteiensystem, ökonomische Lage*
Y = politische Neuorientierung – *beobachtete Veränderung politischer Bindung*
Aussage: *Politische Wirkung entsteht vermittelt und kontextabhängig – nicht mechanisch.*

4. Repräsentations- und Bindungskette

$$\text{politische Stimme} \rightarrow \text{erlebte Repräsentation} \rightarrow \text{Vertrauen} \rightarrow \text{Bindungsbereitschaft}$$

Die Relation beschreibt keine zwangsläufige Kausalität. Sie markiert eine prüfbare politische Prozessannahme: Wo Menschen ihre Stimme als folgenlos erleben, kann Repräsentationsbindung erodieren.
Prüffrage: *An welcher Stelle der Kette entsteht der Bruch – bei Stimme, Repräsentation, Vertrauen oder Bindung?*

5. Politischer Positionsraum

$$P_i = (E_i, C_i)$$

P_i = Position einer Partei i – *als zweidimensionale politische Lage*
E_i = ökonomisch-sozialpolitische Position – *Verteilung, Markt, Arbeit, Sozialstaat*
C_i = soziokulturelle Position – *Migration, Identität, gesellschaftlicher Wandel*
Gewinn: *Die klassische Links-rechts-Achse wird um eine zweite Konfliktdimension erweitert.*

6. Volkspartei des 21. Jahrhunderts

$$V_{21} = I + Ü + K + T + W$$

I = erkennbare Identität – *politische Kontur und begründete Prioritäten*
Ü = Übersetzungsfähigkeit – *unterschiedliche Lebenslagen politisch verbinden*
K = Koalitionsfähigkeit – *heterogene Interessen in gemeinsame Ordnung führen*
T = Vertrauen – *Verlässlichkeit, Nachvollziehbarkeit, Repräsentation*
W = politische Wirksamkeit – *Handlungs- und Gestaltungskraft*
Hinweis: *Das Pluszeichen bezeichnet eine heuristische Zusammensetzung, keine numerische Addition.*

7. Politische Qualität

$$Q_p = f(W, L, V, F)$$

Q_p = politische Qualität – *mehrdimensionale Beurteilung, kein Einzelscore*
W = Wirksamkeit – *erreicht politisches Handeln sein Ziel?*
L = demokratische Legitimität – *bleibt die Entscheidung rechtsstaatlich und vertretbar?*
V = Verantwortung – *werden Zumutungen, Würde und Nebenfolgen berücksichtigt?*
F = Folgen – *welche beabsichtigten und unbeabsichtigten Wirkungen entstehen?*

8. Zwei begriffliche Grenzrelationen

$$\text{demokratische Integration} \neq \text{programmatische Verschmelzung}$$

$$\text{mehr Profil} \neq \text{Kopie des radikaleren Wettbewerbers}$$

Bedeutung: *Demokratische Kompromissfähigkeit setzt erkennbare Unterschiede voraus. Politische Kontur verlangt Eigenständigkeit, nicht die bloße Übernahme fremder Positionen.*

Methodischer Hinweis: *Alle Formeln dienen der heuristischen Strukturklärung. Sie machen Relationen, Übergänge und Geltungsbedingungen sichtbar; sie beanspruchen weder metrische Messung noch mathematische Vorhersage politischer Entscheidungen.*

Unterscheiden · Wirkzusammenhänge prüfen · Repräsentation klären · Verantwortung begründen · Revision zulassen